

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

23.02.2024

Inhalt

EWN

1 Erstes LNG-Schiff nimmt Kurs auf Rügen <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.02.2024</i>	3
2 Gutachter: Auflösung der Klimastiftung rechtlich unmöglich <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 23.02.2024</i>	4
3 Bundesamts-Chef: Bald bis zu acht mögliche Endlager-Standorte <i>Braunschweiger Zeitung, 23.02.2024</i>	5
4 Atommüll in Gorleben soll mit Schutzwand gesichert werden <i>Welt.de, 22.02.2024</i>	8

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.02.2024 | S. 1

 Auflage: 24.096 | Reichweite: 79.409

 Andreas Meyer

OFFIZIELLE BETRIEBSGENEHMIGUNG FEHLT NOCH

Erstes LNG-Schiff nimmt Kurs auf Rügen

Genehmigung schon in den nächsten Tagen? / Pipeline und Terminal sind fertig

Jetzt könnte es schnell gehen: Das umstrittene LNG-Terminal auf der Insel Rügen steht nach OZ-Informationen unmittelbar vor der Inbetriebnahme. Das erste Schiff ist bereits auf dem Weg, Pipelines und Anlagen sind fertig. Die ursprünglich für Sonnabend geplante Eröffnung wurde aber intern abgesagt - aus mehreren Gründen. Das ist der aktuelle Stand.

Kritik und Proteste reißen nicht ab - und dennoch: Schon in den kommenden Tagen könnte der erste Tanker mit dem Flüssiggas an Bord auf Rügen entladen werden. Nach OZ-Informationen ist das umstrittene neue LNG-Terminal im Fährhafen Mukran einsatzbereit, auch die Pipeline nach Lubmin ist fertig.

Das erste Regasifizierungsschiff (FSRU) - es wird benötigt, um das tiefgekühlte verflüssigte Erdgas wieder zu verdampfen - liegt derzeit im dänischen Hafen Frederica und wartet darauf, die knapp 300 Kilometer lange Reise nach Rügen antreten zu dürfen. Allerdings fehlt dem Betreiber des neuen Terminals, der Deutschen Regas, noch die offizielle Betriebsgenehmigung. Ursprünglich hatte Regas geplant, am Sonnabend (24. Februar) das LNG-Terminal offiziell in Betrieb zu nehmen. Doch daraus wird nichts: Zum einen soll die Landesregierung abgewunken haben, weil es unpassend sei, ausgerechnet am zweiten Jahrestag des russischen Angriffs auf die Ukraine einen Festakt zu begehen. Noch wichtiger: Das zuständige Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt in Stralsund hat noch keine Betriebsgenehmigung erteilt.

Aus gut informierten Kreisen heißt es, es sei nur eine Frage von Tagen, bis die Genehmigung erteilt und das Terminal in Betrieb gehen könne. Sowohl die Anlagen an Land in Mukran als auch die neue Gaspipeline

durch die Prorer Wiek und den Greifswalder Bodden bis Lubmin sind, so heißt es aus Schwerin, fertig. Die schwimmende Regasifizierungseinheit - das Schiff trägt den Namen „Energos Power“ - hatte vergangenen Freitag Rotterdam verlassen und wartet seit Sonntag in Dänemark auf seinen Einsatz in Mukran. Über die neue Ostsee-Pipeline soll das Gas dann nach Lubmin und weiter ins europäische Netz eingespeist werden.

„Wir können jederzeit das Gas aus Mukran in unser Netz übernehmen. Die Anlagen sind bereit, lediglich einige finale Tests stehen noch aus“, so Uta Kull, Sprecherin des Gas-Netzbetreibers Gascade in Kassel. Regas-Sprecher Sebastian Frauenlob sagt: „Die Arbeiten sind weitestgehend abgeschlossen.“ Das erste LNG für Rügen stammt nach OZ-Informationen aus Norwegen. Erst am Wochenende hatte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) das neue Terminal für überflüssig erklärt: „Die Landesregierung sollte sich gegen das Industrieprojekt Mukran aussprechen, welches energiewirtschaftlich nicht notwendig ist, keine alternative ökonomische Perspektiven im Bereich Wasserstoffwirtschaft bietet und gleichzeitig die nachhaltige Wirtschaftsentwicklung auf Rügen gefährdet“, so das Fazit der Studie im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe (DUH).

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 23.02.2024 | S. 20 Auflage: 24.096 | Reichweite: 79.409 Sigrun Stock

Gutachter: Auflösung der Klimastiftung rechtlich unmöglich

Expertise zur Rechtslage in Schwerin vorgestellt

Die Klimastiftung MV war von Anfang an umstritten. Vor allem, weil sich gegründet wurde, um die Gasleitung Nord Stream 2 fertigzustellen. Sie aufzulösen, wie auch vom Landtag gefordert, geht nicht.

Die mit Geld aus Russland finanzierte Stiftung Klima- und Umweltschutz Mecklenburg-Vorpommern kann trotz gegenteiligen Beschlusses des Landtags bestehen bleiben. „Aufgrund der geltenden Rechtslage besteht keine Möglichkeit, die Stiftung aufzulösen oder auf andere Weise durch den Vorstand oder die Stiftungsaufsicht zu beenden“, heißt es in einem am Donnerstag in Schwerin von Rechtsanwalt Andreas Urban vorgestellten Gutachten. Landtagspräsidentin Birgit Hesse hatte im November 2023 die nochmalige rechtliche Prüfung bei einer renommierten Anwaltskanzlei mit Hauptsitz in Düsseldorf in Auftrag gegeben, um den Dauerstreit im Parlament zu dem Thema zu befrieden. Die Stiftung ist politisch heftig umstritten, weil sie auch gegründet worden war, um die Fertigstellung der russisch-deutschen Gasleitung Nord Stream 2 durch die Ostsee zu ermöglichen.

Hesse sagte, ihr Ziel sei es, dass der Landtag nun gemeinsam mit der Landesregierung und dem Stiftungsvorstand einen Weg für eine einvernehmliche Lösung finde. „Für diesen Weg stehe ich auch weiterhin zur Verfügung“, betonte sie. Doch machten die Reaktionen aus den Reihen der Oppositionsparteien bereits deutlich, dass eine Einigung in der Frage eher unwahrscheinlich sei.

Der Landtag hatte am 1. März 2022 unter dem unmittelbaren Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine mit breiter Mehrheit beschlossen, die Stiftung auflösen zu lassen. Ein im Auftrag der Landesregierung dazu erstelltes Gutachten sah dies als möglich an. Der

von Ex-Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) geführte Vorstand weigerte sich jedoch unter Hinweis auf das Stiftungsrecht, den Beschluss umzusetzen und legte seinerseits ein Gegengutachten vor, das die Auflösung als rechtlich nicht durchsetzbar einstufte.

Nach Einschätzung Urbans lagen dem Gutachten, das die Auflösung der Stiftung für möglich hielt, Annahmen zugrunde, die sich nicht bestätigt hätten. Die Darstellung, dass es sich bei den Stiftungsmitteln von Nord Stream 2 um sogenanntes „Blutgeld“ handele, sei nicht haltbar, da das Geld nicht unmittelbar aus kriminellen Geschäften stamme und vor Beginn des Angriffskriegs geflossen sei, argumentierte der Stiftungsexperte. Zudem seien mit der Auflösung des wirtschaftlichen Teils alle Kontakte der Stiftung zu Nord Stream gekappt worden und mit der Satzungsänderung sei der dem Gemeinwohl dienende Klima- und Umweltschutz nunmehr alleiniges Ziel der Stiftung. Für dessen Umsetzung habe die Stiftung auch ausreichend Geld. Laut Urban beträgt das Stiftungsvermögen noch etwa 16 Millionen Euro. Der Jurist bescheinigte dem Stiftungsvorstand um Sellering rechtskonformes Handeln, erklärte zugleich aber auch, dass der Landtagsbeschluss zur Auflösung rechtlich nicht zu beanstanden sei. Die Auflösung einer Stiftung sei aber immer als Ultima Ratio zu betrachten und in dem Falle nicht geboten. Urban regte an, den politischen Einfluss der Landesregierung auf die Stiftung, die bislang den Vorstand bestimme, abzuschaffen und die Stiftung ganz in private Hände zu geben.

 Braunschweiger Zeitung | 23.02.2024 | S. 2

 Auflage: 26.561 | Reichweite: 83.003

 Andre Dolle

Bundesamts-Chef: Bald bis zu acht mögliche Endlager-Standorte

Noch kommt die Hälfte der Fläche der Republik für das Atommüll-Endlager infrage. Der neue Bundesamts-Chef Kühn sagt, worauf es nun ankommt.

Salzgitter. Am Dienstag, an seinem vierten Arbeitstag als neuer Behörden-Chef, trafen wir Christian Kühn in Salzgitter. Das Grünen-Mitglied ist neuer Präsident des Bundesamts für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE). In Salzgitter arbeiten etwa 150 der 450 BASE-Mitarbeiter. Das BASE ist die zentrale Aufsichts- und Genehmigungsbehörde bei der Suche und dem Betrieb von atomaren End- und Zwischenlagern sowie von Atommülltransporten.

Kühn, der als Grünen-Landeschef in Baden-Württemberg einst das Bahnprojekt Stuttgart 21 verhindern wollte, macht nun Druck bei der Endlagersuche. Das wird auch die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) mit Sitz in Peine bald zu spüren bekommen. Die BGE sucht das Endlager, das BASE kontrolliert.

Sie sind 44. Werden Sie es in Ihrer Amtszeit noch erleben, dass sich die Deutschen auf einen Standort für ein Endlager für hochradioaktiven Atommüll einigen? Die BGE geht bei der Suche ja mittlerweile von 2046 oder im schlechtesten Fall sogar von 2068 aus.

Dafür, dass Deutschland schnellstmöglich ein sicheres Endlager für die hochradioaktiven und damit hochgefährlichen Abfälle bekommt, werde ich arbeiten. Das ist mein Ziel. Und nach meinen ersten Tagen im neuen Amt kann ich feststellen: 450 hochengagierte Mitarbeitende wollen das auch. Wir dürfen diese Aufgabe nicht auf den Sankt-Nimmerleinstag verschieben, sondern müssen uns vielmehr in dieser Generation um die Hinterlassenschaften des Atomzeitalters kümmern.

Sind Sie mit dem neuen Zeithorizont, den die BGE genannt hat, denn einverstanden?

Im Standortauswahlgesetz steht, dass 2031 als Jahr der Standortauswahl für das Endlager angestrebt wird. Dass diese Zeitmarke sehr, vielleicht zu ambizio-

niert war, ahnten schon damals viele, hat aber ermöglicht, dass mit Tempo in den Prozess gestartet wurde. Wir haben jetzt erstmals zeitliche Abschätzungen. Bundesumweltministerin Steffi Lemke hat diesen Zeitplan, zusammen mit dem BASE, von der BGE eingefordert. Der Zeitplan soll aber realistischer, klarer werden, wir wollen eine Beschleunigung im Verfahren. Dazu braucht es die Zusammenarbeit über die Institutionen hinweg.

Diese enorm langen Zeitstränge sorgen aber nicht gerade für mehr Vertrauen bei den Bürgern.

Ich möchte für Vertrauen in das Verfahren werben. Dazu gehört Ehrlichkeit im Umgang mit den Erfahrungen, die alle Beteiligten mit den Zeitsträngen machen und gemacht haben. Daran arbeiten wir gemeinsam. 2027 will die BGE nun Regionen benennen, die in die engere Auswahl als Standort für das Endlager kommen.

Dann werden wir als BASE schnell in die Bewertung einsteigen und die Beteiligung der Menschen ermöglichen. Dann wird das Verfahren auch sehr viel greifbarer. Wir sind jetzt in einer Zwischenphase.

Bleibt 2027 realistisch?

Ich gehe davon aus, dass die BGE den Zeitplan einhält. Dann wollen wir mit den Regionalkonferenzen starten. Das Verfahren läuft.

Sie kennen die BGE ja, waren als Staatssekretär Aufsichtsratschef der Gesellschaft mit Sitz in Peine. Was ist so schwer daran, ein Endlager zu finden? Die Finnen zum Beispiel haben das ja auch geschafft.

In Deutschland ist das Thema Atomkraft ein bis heute sehr umstrittenes Thema. Wir haben uns nach Fukushima in Deutschland für den erneuten Ausstieg aus der Kernenergie entschieden. Das war die Grundlage

für das Suchverfahren. Wir sind im letzten Jahrzehnt komplett neu gestartet mit der Endlagersuche.

Wir wollten – im Gegensatz zu anderen Ländern – keine politische Entscheidung. Wir wollen den am besten geeigneten geologischen Standort mit dem besten Wirtsgestein, ob Kristallin, Salz oder Ton. In anderen Ländern hat der Suchprozess übrigens auch mehrere Jahrzehnte lang gedauert. Wir haben weltweit ein einmaliges Verfahren. Es ist ein lernendes, wissenschaftsbasiertes Verfahren mit vielen Beteiligungsmöglichkeiten für die Öffentlichkeit. Die Transparenz ist in jedem Schritt zentral. Dafür stehen wir auch als Bundesamt. Ein Standort wie Gorleben, der aus politischen Gründen ausgesucht wurde, ist zurecht gescheitert.

Wie konkret wird es 2027 denn sein?

Ich rate jetzt allen, erst einmal bis 2027 abzuwarten. Die Standorte werden dann in einer zweiten und dritten Phase obertägig und untertägig erkundet.

Wir liegen jetzt noch bei satten 54 Prozent der Fläche Deutschlands, die infrage kommt. Wie viele Regionen sollen es 2027 noch sein?

Ich erwarte seitens der BGE gut begründete Vorschläge, danach richtet sich auch deren Anzahl. Klar ist: Es muss zu einer deutlichen Reduzierung auf wenige Regionen kommen. Die Endlagerkommission ging von sechs bis acht Standortregionen aus. Das halte ich für einen guten Orientierungswert. Aber wie gesagt: Wir suchen in Deutschland den nach Stand von Wissenschaft und Technik am besten geeigneten Standort, das macht unser Verfahren so besonders.

Viel Kritik am Verfahren kommt aus Bayern, speziell von Ministerpräsident Söder. Er hat gesagt, der Atommüll könne ja ruhig nach Niedersachsen. Was entgegnen Sie dem? Und haben Sie das breite Kreuz, wenn von den möglichen Standorten in der Vorauswahl 2027 auch einer oder zwei in Bayern sein sollten?

Der Bundestag hat dieses Verfahren mit großer Mehrheit verabschiedet. Die Suche kennt keine Ländergrenzen, sondern nur sinnvolle Standorte. Ich rate allen, sich nicht an Landes- und parteipolitischen Grenzen zu orientieren. Es geht nur um die geologischen Erkenntnisse, um belastbare Daten – und es geht darum, Verantwortung zu übernehmen, um zukünftige Generationen vor dem von uns verursachten Atommüll zu schützen.

Wir haben hier in der Region die Asse, auch Schacht Konrad. Das Erkundungsbergwerk Gorleben ist nicht weit entfernt, auch das alte DDR-

Atommülllager Morsleben. Wir können also dennoch auch dieses Endlager bekommen?

Wir sehen gerade an dieser Region ja, dass es keine politischen Entscheidungen mehr geben darf. Es muss der am besten geeignete Standort sein, egal ob er in Baden-Württemberg ist, oder in Bayern oder in Niedersachsen liegt. Das ist die Idee der weißen Landkarte. Ganz am Ende entscheidet der Bundestag über den Standort, wir als Aufsicht treiben das Verfahren voran.

Sie werden sich in den nächsten Jahren von morgens bis abends mit Atommüll beschäftigen: mit seinem Transport, mit Endlagern und mit deren Suche. Muss man da etwas masochistisch veranlagt sein?

Mir ist sehr bewusst, dass ich nicht überall Applaus bekomme, wenn ich mit diesem Thema unterwegs bin. Ich gehöre einer Generation an, die am Ende der Auseinandersetzungen um die Atomkraft dabei war, nicht von Anfang an. Die sichere Endlagerung der Abfälle muss dringend erreicht werden. Das ist nicht in einer Legislaturperiode zu schaffen. Ich merke, wie die Mitarbeitenden in der Behörde für diese Aufgabe brennen. Nur mit dem Problemblick werden wir diese Hinterlassenschaften nicht unter die Erde bringen.

Dabei wollten Sie einst als Grünen-Chef in Baden-Württemberg das Bahnprojekt Stuttgart 21 verhindern. Nun sind Sie es, der unliebsame Entscheidungen auf den Weg bringen muss. Können Sie das?

Ja, ich habe in den vergangenen zweieinhalb Jahren als Staatssekretär gezeigt, dass ich kontroverse Diskussionen führen kann. Ich setze dabei aber nicht auf Konfrontation. Stuttgart 21 ist genau deshalb eskaliert. Die Leute haben sich nicht zugehört. Es braucht aber klare Entscheidungen, Dialog und Klarheit in den Rollen. Und genau dafür werde ich stehen.

Auch fast ein Jahr nach dem Aus der letzten drei AKW in Deutschland köchelt die Debatte weiter. Und tatsächlich ist Deutschland umzingelt von Atomkraftwerken, neue sollen kommen. Können Sie diese Diskussionen und eine Renaissance der Kernkraft nachvollziehen?

Eine Renaissance der Kernenergie kann ich nicht erkennen, auch weltweit nicht. Die Debatten darüber sind nicht real unterfüttert. Das gilt auch für die sogenannten kleinen modularen Reaktoren. Auch die Kosten und Bauzeiten für neue konventionelle AKWs schießen immer weiter in die Höhe. Erneuerbare sind deutlich günstiger. Die Debatten haben viel mit der Energiekrise und dem Angriffskrieg Russlands zu tun. Wir

müssen aber aufhören, immer die gleichen alten Diskussionen zu führen, die nichts bringen. Wir müssen uns mit den Erneuerbaren Energien auseinandersetzen, unsere Energieversorgung umbauen und schauen, wie wir mit dem Atommüll umgehen.

Momentan müssen wir aber einen nicht unerheblichen Teil an Atomstrom aus dem Ausland beziehen.

Wir leben natürlich in einem europäischen Binnenmarkt – und der richtet sich auch danach aus, wo der Strom gerade am günstigsten produziert wird. Deutschland bezieht Strom aus Frankreich, umgekehrt aber auch. Deutschland exportiert Strom aus erneuerbaren Energien. Das wird deutlich zunehmen. Mit dem Abschalten der letzten drei AKWs ist dieses Land sicherer geworden. Wir haben Risiken minimiert. Wir sind jetzt mitten im Aufbau eines neuen Energiesystems, das uns unabhängiger macht. Auch die Energieunternehmen wünschen sich den konsequenten Ausbau der Erneuerbaren.

Andererseits diskutieren wir jetzt aus verteidigungspolitischer Sicht über Atomwaffen. Was halten Sie davon?

Dafür sind wir als Bundesamt nicht zuständig, das zu bewerten. Deutschland hat aber aus guten Gründen in der Vergangenheit keine Atomwaffen besessen.

Hat es Sie geärgert, dass Schacht Konrad in Salzgitter statt 2027 erst 2029 in Betrieb gehen soll? Das Datum wurde ja schon mehrfach nach hinten verschoben. Dieses Mal im Juni ganz beiläufig. Wird es solche Verschiebungen mit Ihnen geben?

Schacht Konrad hat eine jahrzehntelange Historie. Es ist ein anspruchsvolles Projekt und das erste genehmigte Endlager für schwach- und mittelradioaktiven Atommüll. Alle warten darauf, dass dieses Endlager in Betrieb gehen kann. Daran hängen ganz viele Entsorgungs- und Sicherheitsfragen. Viele Zwischenlager in Deutschland sind voll, und auch der Rückbau der AKW hängt davon ab. Schacht Konrad ist ein immens wichtiges Projekt. Es muss zügig und sicher realisiert werden. Das fordern wir als Bundesamt von der BGE als Vorhabenträger auch ein.

Ihr Parteifreund, Niedersachsens Umweltminister Christian Meyer, will nicht an der Genehmigung für Schacht Konrad rütteln. Hat Sie das erleichtert?

Christian Meyer hat mit seinem Ministerium sehr genau geprüft. Es war keine einfache Entscheidung für einen niedersächsischen Umweltminister. Sie war auch nicht alltäglich. Sie war aber richtig.

In der Region sehnen viele Menschen die Rückholung der 126.000 Fässer mit Atommüll aus der Asse herbei. Wird das Jahr 2033 als Beginn der Rückholung der Abfälle aus dem alten maroden Bergwerk Bestand haben?

Die BGE macht die Zeitpläne, sie treibt die Projekte voran. Die Asse ist einer der größten Umweltskandale, die wir in der Republik haben. Hier wurde unter Bergrecht völlig unsachgemäß einfach Atommüll ins alte Bergwerk gekippt. Das Bergwerk wurde stabilisiert, aber wir wissen auch, in welchem Zustand die Asse ist. Die Rückholung des Atommülls muss oberste Priorität haben.

Das Zwischenlager wird vermutlich einige Jahrzehnte obertägig direkt an der Asse stehen. Die BGE hat keine anderen Standorte geprüft. Ist dieser Standort auch für Sie alternativlos?

Ein Standort direkt an der Asse hat den großen Vorteil, dass die Transporte mit Atommüll minimiert werden. Das ist ein großer Sicherheitsgewinn.

Mit Iris Graffunder an der Spitze der BGE gibt es jemanden zweiten Neues an der Spitze einer Endlager-Behörde oder -Gesellschaft. Bietet das die Chance für einen Neuanfang oder ist das dann doch zu wenig Erfahrung?

Die Suche nach einem Endlager darf nicht an einzelnen Personen hängen. Es ist aber sicher so, dass neue Menschen neue Impulse setzen und Dinge vorantreiben können. Frau Graffunder ist eine absolute Expertin. Ich freue mich sehr auf den Austausch – in aller Rollenklarheit zwischen Vorhabenträger, Aufsicht und Partner in der Beteiligung der Bürger:innen. Denn ohne Dialog und Beteiligung würden wir es sicher nicht schaffen.

Atommüll in Gorleben soll mit Schutzwand gesichert werden

Der Standort im Wendland wird kein Atommüll-Endlager. Dennoch lagern hier noch Jahrzehnte radioaktive Abfälle. Zum Schutz vor Terrorangriffen soll unter anderem eine neue Sicherungszentrale entstehen.

Zum Schutz des niedersächsischen Atommüll-Zwischenlagers Gorleben zum Beispiel vor Terrorattaken wird eine Schutzwand rund um die Halle mit hochradioaktiven Abfällen errichtet. Auch eine neue Sicherungszentrale soll in den nächsten drei bis dreieinhalb Jahren entstehen, wie die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) auf dpa-Anfrage mitteilte. Über die Bauvorbereitungen hatte zunächst die "Elbe-Jeetzel-Zeitung" berichtet.

"Der Schutz der Zwischenlager gegen Terroranschläge oder kriminelle Handlungen wird permanent neu bewertet und an sich verändernde Bedrohungslagen angepasst", sagte ein BGZ-Sprecher. Auch Maßnahmen aus dem Bereich der IT-Sicherheit und der Umbau der Hauptzufahrt zählten zu dem Projekt.

"Es ist gut, dass der ungeeignete Salzstock Gorleben aus dem Rennen um einen Endlagerstandort ist", sagte Olaf Bandt, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) am Mittwoch. In Gorleben und an vielen anderen Standorten bleibe aber die "sichere oberirdische Zwischenlagerung des Atommülls ein drängendes Thema". Die Baumaßnahmen in Gorleben kämen sehr spät und reichten nicht aus, kritisierte Bandt. Der BUND fordere von der Bundesregierung ein Gesamtkonzept für die Zwischenlager - "transparent erarbeitet, mit Beteiligung der Öffentlichkeit".

Die örtliche Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg kritisierte die geplante Schutzmauer. Die nur 20 Zentimeter starke Decke der Halle sei der Schwachpunkt, vor allem im Fall eines Flugzeugabsturzes, sagte der Sprecher der Bürgerinitiative, Wolfgang Ehmke. Der Betreiber wies diese Kritik zurück.

Die Sicherheit der Zwischenlagerung sei auch vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung als zuständiger Genehmigungsbehörde geprüft und bestätigt worden, hieß es.

Nach jahrelangem Streit um den Standort Gorleben war der Salzstock im Landkreis Lüchow-Dannenberg im Jahr 2020 aus der Endlagersuche für Atommüll herausgefallen. Er bleibt aber noch lange Atommüllstandort: Gorleben hat ein Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle sowie ein Lager mit Transportbehältern mit hochradioaktivem Müll (Castorlager). Die Genehmigung für das Zwischenlager Gorleben erlischt 2034.

Eine verlängerte Zwischenlagerung sei notwendig, da die Bundesgesellschaft für Endlagerung frühestens in den 2040er-Jahren mit der Benennung eines Endlagerstandorts für hochradioaktive Abfälle rechnen, sagte der BGZ-Sprecher. Dann werde es noch mehrere Dekaden dauern, bis das Endlager gebaut und alle Behälter an dieses abgegeben seien. So lange würden die Behälter mit den hochradioaktiven Abfällen in Gorleben zwischengelagert.

Nach dem Bau der neuen Sicherungszentrale für den Werkschutz soll in Gorleben die sogenannte Pilotkonditionierungsanlage (PKA) stillgelegt und abgerissen werden, wie die BGZ weiter mitteilte. Die Anlage zur Verpackung von Brennelementen für die Endlagerung ist nicht mehr notwendig, weil Gorleben als Endlager nicht mehr infrage kommt. Aktuell befinden sich dem Behördensprecher zufolge in der PKA aber noch technische Einrichtungen zur Sicherung des Zwischenlagers. Die laufenden Kosten der PKA betragen dem Sprecher zufolge jährlich rund sechs Millionen Euro.